Dokumente zum Zeitgeschehen

Parteienbündnisse zur Wahl der französischen Nationalversammlung

Das französische Mehrheitswahlrecht macht für kleine Parteien, die nicht über eigene Wählerhochburgen verfügen, Wahlbündnisse erforderlich, die – über beide Wahlgänge hinweg – die Wahlkreise zwischen den Parteien aufteilen. Die französischen Grünen sind für die vorgezogenen Neuwahlen zur Nationalversammlung vom 25. Mai und 1. Juni ein solches Wahlbündnis mit den Sozialisten (PS) eingegangen und rechneten auf dieser Grundlage mit bis zu fünf Sitzen im neuen Parlament, d. h. mit der Eintrittskarte in die Politik auf nationaler Ebene. Bereits am 28. Januar hatten sich beide Parteien in einer entsprechenden Erklärung über die Zusammenarbeit verständigt, die dann, durch Chiracs überraschende Auflösung des Parlaments, zu einer Art „programme commun“ im Kleinen wurde – ähnlich dem von 1981 –, das über Frankreich hinaus als Verständigungsgrundlage für den Aufbau einer neuen linken, rotgrünen Alternative bedeutsam ist. Als Stichworte wären u. a. „Ökosteuer“, „Wertschöpfungsabgabe“, „32-Stunden-Woche“ zu nennen. Dem Dritten im Bunde, der Kommunistischen Partei (PCF), werden mögliche Kompromißlinien angeboten. Auch der PCF hatte mit dem PS schon vor Chiracs Coup eine Kooperation vorbereitet. In einer am 29. April vorgestellten Gemeinsamen Erklärung sprechen sich beide Parteien für die Wiederaufnahme einer keynesianischen Wirtschaftspolitik aus. Zur Europäischen Währungsunion haben sie einen Formelkompromiß gefunden. Wir dokumentieren beide Vereinbarungen im Wortlaut. D.Red.

Gemeinsames Politisches Papier von Grünen (Les Verts) und Sozialisten (PS) (Wortlaut)

Länger als sechs Monate haben die Sozialistische Partei und die Grünen ihre Analysen und ihre Vorschläge zu allen Feldern der Politik verglichen. Sie haben in dieser Diskussion dreierlei Einschätzungen geteilt:

- die sichere Überzeugung, daß die derzeitige Situation nicht überwunden werden kann, ohne die Logik des Wirtschaftsliberalismus anzugreifen;
- die Gewißheit, daß es in Frankreich und Europa eine Bevölkerung und soziale Kräfte gibt, die bereit sind, unsere Gesellschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu verändern;
- die Auffassung, daß eine Wende bei den Wahlen offenkundig nicht genügt: Eine politische Wende ist nötig.

Diese gemeinsame Haltung war leitend bei der Suche nach Vorschlägen für Reformen und Veränderungen der Gesellschaft, die der Bevölkerung bei den kommenden Wahlen zur Beurteilung vorgelegt werden sollen. Die Grünen und die Sozialistische Partei wenden sich also mit der Gesamtheit der folgenden Projekte, als Basis der von ihnen angestrebten politischen Alternative, an die Bürger.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

- Die Arbeitslosigkeit und die soziale Ausschließung durch ein kohärentes Gesetzespaket bekämpfen: Dieses soll die Arbeitszeit, die Lebensarbeitszeit und diejenigen Formen von Garantien betreffen, die über die Festsetzung von Löhnen und Gehältern hinausgehen. Um Hunderttausende von Arbeitsplätzen zu schaffen, wird die schnelle, massive und allgemeine Verringerung der Arbeitszeit sofort durch ein Gesetz zur 35-Stunden-Woche durchgesetzt werden, ohne Senkung der Löhne und Gehälter; und es werden Verhandlungen mit den Tarifpartnern

über die 32-Stunden- und die 4-Tage-Woche eröffnet werden, welche in den Gesetzgebungsprozeß einfließen werden.

- Umverteilung des Reichtums, insbesondere durch die Umschichtung der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme über die Finanzierung durch Steuern, insbesondere durch Ökosteuern, Mehrwertsteuer und Einkommenssteuern, sowie durch den Abbau von Steuerprivilegien bei Sparguthaben, mit Ausnahme von Sparkonten der „A-Klasse“. Die lohnabhängigen Sozialbeiträge sollen ersetzt werden durch einen ausgeweiteten Allgemeinen Sozialbeitrag (CSG), der durch Senkung im unteren Einkommensbereich progressiv gestaffelt wird, während die Beiträge der Arbeitgeber auf der Grundlage der gesamten Wertschöpfung berechnet werden, statt auf der Grundlage der gezahlten Löhne und Gehälter. Die Einführung einer Quellensteuer auf Einkommen wird erwogen werden.

- Unterstützung der vielen Initiativen, die sich außerhalb von privatem und staatlichem Sektor bewegen, im Sinne eines Dritten Sektors mit sozialer und ökologischer Zielstellung. Ein Rahmengesetz wird ausgearbeitet werden, um die Etablierung eines solchen Dritten Sektors zu unterstützen, ihn zu subventionieren, seine Grenzen festzulegen, die Entwicklung einer Politik in bezug auf die Auftragsvergabe zu unterstützen [Klausel bei der öffentlichen Ausschreibung; Anmerkung d. Übs.], Transparenzregeln aufzustellen (öffentliche Rechnungsprüfer/regionale Rechnungshöfe), den Status von ehrenamtlich Tätigen festzulegen, Versammlungen mit den Arbeitsämtern zu organisieren... Unverzüglich aber wird die Geltung des Mindesteinkommens (RMI) auf die 18- bis 25jährigen ausgedehnt werden.

- Aufstellung eines nationalen Programms gegen Jugendarbeitslosigkeit, finanziert durch die Umwidmung der existierenden, aber ineffektiven Hilfen, mit dem Ziel, in zwei Jahren 700 000 Arbeitsplätze zu schaffen.

- Einrichtung einer nationalen Konferenz zu Löhnen und Gehältern, die den wünschenswerten generellen Anstieg der Kaufkraft angibt und als Bezugspunkt für die Tarifverhandlungen in den einzelnen Branchen und Unternehmen dient.

- Stärkung des Öffentlichen Dienstes durch wesentlich erhöhte Haushaltsmittel für die Schulen, das Gesundheitssystem, die Justiz und die Städte. Die Bekräftigung des Konzepts einer gemischten Wirtschaftsform – neben der Marktwirtschaft – und der Notwendigkeit einer „öffentlichen Gewalt“ auf europäischer Ebene wird es gestatten, ein Gegengewicht zur Konkurrenz zu schaffen, die Gleichrangigkeit mit dem öffentlichen Dienst wiederherzustellen (während heute der Artikel 90 der Römischen Verträge den Begriff der „Dienstleistung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse“ als Ausnahme behandelt) und den öffentlichen Dienst wieder an die persönlichen Grundrechte und an die Nicht-Diskriminierung beim Zugang zu essentiellen Dienstleistungen zu binden.

Umwelt- und Raumplanung

- Neuorientierung der Energiepolitik: Ein Moratorium bezüglich des Baus von Atomkraftwerken und der Wiederaufarbeitung von nuklearen Brennstoffen bis zum Jahre 2010, bei gleichzeitiger starker Erhöhung der Kredite für Energieeinsparung und für erneuerbare Energien. Eine solche Politik beinhaltet insbesondere die Schließung des „Superphönix“-Reaktors, die Umkehrbarkeit der Lagerung von Atomabfällen und die Umverteilung der Forschungskredite durch die wirkliche Anwendung des „Bataille“-Gesetzes [Atom-Gesetz]. Die Wiederaufarbeitung in La Hague wird überprüft werden, was eine erhöhte Überwachung der Anlage und neuerliche Forschungsanstrengungen voraussetzt. Außerdem wird kein neuer Wiederaufarbeitungsvertrag geschlossen werden. Die Abstimmung über ein Energiegesetz findet spätestens im Jahre 2005 statt.

- Priorität für kollektive Beförderungsformen durch den Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Verkehrs, Sanierung der SNCF [Eisenbahn] durch einen Lastenausgleich mit den anderen Transportmitteln, Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene und Entwicklung des oberirdischen öffentlichen Personen-Nahverkehrs in den Städten. Parallel hierzu wird ein Moratorium für den Autobahnbau ermöglichen, die Autobahnplanung nach unten zu revidieren. Außerdem wird es nötig sein, die Finanzgesetzgebung für die Straßeninfrastruktur zu

ändern, die Besteuerung der verschiedenen Kraftstoffe nach ihrer jeweiligen Verschmutzungswirkung zu gestalten, sowie die Motorleistung von Autos zu begrenzen. Das Projekt, den Saône-Rhein-Kanal im großen Maßstabe zu erweitern, muß aufgegeben, die Seine-Nord-Verbindung allerdings realisiert werden.

- Die produktivistische und umweltverschmutzende Landwirtschaft zu einer extensiven, qualitätsorientierten Landwirtschaft entwickeln, die die Umwelt respektiert und den Bauern ein angemessenes Einkommen gewährt. Es ist dringend nötig, die Diversität der Organisationsformen in der Landwirtschaft anzuerkennen.

- Die Gründung eines großen Ministeriums, das die Kompetenzen für Umwelt, Raumplanung, Energie, Verkehr und Wohnen zusammenfaßt. Dementsprechend muß die Energie-Agentur ADEME reformiert und gestärkt werden. Ökosteuern werden eingeführt werden, beginnend mit einer Umweltsteuer, die zu zwei Dritteln auf Energie und zu einem Drittel auf CO₂ erhoben wird, sowie kommunalen Steuern. Die Abfallgesetzgebung wird neu gefaßt und der Anteil der Müllverbrennung bis zum Jahr 2005 auf 50% heruntergefahren und danach noch weiter abgesenkt, während gleichzeitig Anreize für Müllvermeidung, Wertstoffsammlung und Recycling gesetzt werden. Ein Stopp der Flußbegradigung und der Trockenlegung von Feuchtgebieten wird ergänzt durch ein Bauverbot in überschwemmbar Gebieten. Die Rechtsgleichheit von Nicht-Jägern und Jägern wird verwirklicht werden. Schließlich wird die „Natura 2000-Richtlinie“ umgesetzt werden.

Demokratie und Bürgerrechte

- Der Demokratie neuen Antrieb geben, durch die Wiederbelebung des Parlaments, die Abschaffung von Artikel 16 der Verfassung; eine Kompensation der durch das Mehrheitswahlrecht entstehenden Ungerechtigkeiten im Sinne des Verhältniswahlrechts, ein Verbot von Ämterhäufung und die paritätische Vertretung von Männern und Frauen durch Verfassungsänderungen. Die Zahl der Parlamentsausschüsse und ihre Mittel werden erhöht werden. Die Amtszeit des Präsidenten wird auf fünf Jahre begrenzt.

- Erneuerung des politischen Lebens durch die Betonung von Ethik und Transparenz, indem den politischen Vereinigungen wieder ein wirklicher Platz im demokratischen Leben zugewiesen wird und insbesondere auch durch die Einführung eines Oppositionsstatuts.

- Stärkung der lokalen Demokratie durch die Annahme eines Statuts für Mandatsträger, die Begrenzung der Amtszeit auf fünf Jahre, die Verbesserung der Kollegialität der Funktionsweise der Kommunalparlamente, die Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit und die Einrichtung neuer Mechanismen des Lastenausgleichs wie etwa der regionalen Solidaritätsfonds. Den Regionen soll ermöglicht werden, die Hilfen der Europäischen Union direkt von dort zu erhalten und diese mit der EU auch auszuhandeln. Um das Risiko von Blockaden der Institutionen zu vermeiden und die Handlungsfähigkeit der regionalen ausführenden Organe zu garantieren, wird das Prinzip des Mehrheitspakts (auch als „konstruktive Ablehnung“ bezeichnet) eingeführt, nach dem wichtige Projekte, insbesondere der Haushalt, nur abgelehnt werden können, wenn statt dessen ein Gegenvorschlag mit mehr Stimmen angenommen wird.

- Umverteilung der bildungspolitischen Kompetenzen unter den lokalen Gebietskörperschaften. Neubestimmung ihrer Kompetenzen für Ausbildung, Verkehr, Tourismus, Kultur, Sport, Umwelt, Abfall, Naturschutz, Sozialstruktur und Gesundheit: Die Dezentralisierung muß wieder in Gang kommen, insbesondere zugunsten der Regionen, auch im Bereich der Steuern. Ebenso werden den Regionen Kompetenzen zur Energieeinsparung und zur Entwicklung erneuerbarer Energien und zur Aufstellung von regionalen Raumplänen, die auch gegenüber Dritten Geltung haben (wie in der Region Ile-de-France), zugewiesen.

- Ausdehnung der individuellen Rechte (z.B. Vertrag über eine Sozialunion) von Bürgern und in Frankreich ansässigen Ausländern. Die Pasqua-Gesetze werden durch eine neue Gesetzgebung ersetzt werden, die insbesondere das Recht zum Zusammenleben der Familie, das Asylrecht und das *jus soli* [auf den Geburtsort bezogene Staatsbürgerschaft] anerkennt. Unterstützung der bürgerlichen und sozialen Integration nach dem Prinzip der Laizität der Republik.

Untersuchung der Lage der *sans-papiers* [„illegale“ Ausländer; d. Übers.] auf der Grundlage der Vorschläge des Vermittlungsausschusses, Eröffnung einer Perspektive für die Wahlteilnahme ausländischer, in Frankreich wohnender Bürger an Kommunalwahlen. Ausdehnung der kollektiven Bürgerrechte durch eine Stärkung der Gewerkschaften sowie der Verbände und Vereine; Ausweitung der Mittel zur Korruptionsbekämpfung. Die gesellschaftlichen Fragen wie Aids, Drogen, Alkoholabhängigkeit und Sicherheitsbedürfnisse werden im Gegensatz zur derzeitigen, rein repressiven Politik in humaner, psychologischer und sozialer Weise angegangen werden.

- Sicherung der Unabhängigkeit der Justiz durch eine institutionelle Trennung von Justizministerium und Staatsanwaltschaft. Der Status der Richter wird gleich sein.

Internationale Politik

- Aufbau einer Föderation der europäischen Staaten, gegründet auf einer Verfassung, die die Ziele der Union sowie Rolle und Machtbefugnisse der Institutionen klarstellt und insbesondere die Prinzipien der Subsidiarität und der europäischen Staatsbürgerschaft anerkennt.

- Aufnahme einer Sozialcharta in den neuen EU-Vertrag, der das Ergebnis der derzeitigen Regierungskonferenz sein wird, insbesondere zur Verkürzung der Arbeitszeit, zur Verankerung des Begriffs des Mindesteinkommens und einer nach oben harmonisierten sozialen Sicherung. Sicherung, Entwicklung und Modernisierung der Öffentlichen Dienste durch die Stärkung des Begriffs des Europäischen Öffentlichen Dienstes.

- Aufnahme einer Umweltcharta in den neuen Vertrag, insbesondere zur Förderung von Energieeinsparung und erneuerbaren Energien, Schutz des Erbes der Natur und der biologischen Vielfalt, Entwicklung des schienengebundenen und des kollektiven Verkehrs sowie bessere Bewirtschaftung von Wasser und Abfall.

- Das Ziel einer europäischen Währungsunion muß an ein gemeinsames, politisches, wirtschaftliches und soziales Projekt geknüpft werden, das Liberalismus und Deregulierung den Rücken kehrt und eine nachhaltige Entwicklung fördert. Im Frühjahr 1998 wird so die Entscheidung darüber getroffen werden, ob die Einheitswährung eingeführt werden kann oder nicht.

- Den derzeitigen Stabilitätspakt durch einen Pakt der Solidarität und der nachhaltigen Entwicklung ersetzen, der eine Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen und für sozialen Fortschritt ebenso fördert wie eine selektive Ankurbelung der Wirtschaft und den Schutz der Umwelt.

- Die europäische Agrarpolitik in Richtung einer nachhaltigen Landwirtschaft reformieren, die die Umwelt respektiert, Arbeitsplätze schafft und den Landwirten ein angemessenes Einkommen verschafft. Es wird auf europäischer Ebene ein Moratorium hinsichtlich der Nutzung genetisch veränderter Organismen vorgeschlagen werden.

- Festlegung einer europäischen Außenpolitik, die in die Kompetenz der Organe der Union fällt und mehrheitliche Abstimmungen umfaßt. Stärkung der OSZE, Vorantreiben der Abrüstung, Kampf gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen, mit dem Ziel der Abschaffung der Massenvernichtungswaffen.

- Festigung eines globalen Bewußtseins durch die Umsetzung der Entscheidungen des Erdgipfels von Rio 1992 für die Bewirtschaftung und die Bewahrung der natürlichen Ressourcen.

- Reform der UNO durch die Aufwertung der Generalversammlung, die Demokratisierung und die Erweiterung des Sicherheitsrates, eine verstärkte Rolle bei der Krisenprävention sowie bei der politischen Kontrolle von IWF, Weltbank und WTO. Stärkung der Rolle von ILO und Nicht-Regierungsorganisationen.

- Umorientierung der Wirtschaft im Sinne einer ökologischen Entwicklung durch die Besteuerung spekulativer Kapitalströme, die strenge Anwendung des Verursacherprinzips auf der ganzen Welt sowie die Aushandlung europäischer Sozialverträge, die die Vorstufe eines europäischen Sozialrechts (und später eines weltweiten Sozialrechts) bilden sollen.

- Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe mit dem Ziel, 1% des Brutto-Inlandsproduktes zu erreichen. Umorientierung der Hilfe auf eine humane, nachhaltige Entwicklung und den Abbau von Ungleichheiten (anstelle von bloßen Exporthilfen). Entschuldung der Länder des Südens.